

Von Trotzphase bis Pubertät

Familiencoach Matthias Jung zu Gast in der Stadtbücherei. ► SEITE 3



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

Integration durch Sprache

Helfer gesucht für Sprachkurse bei Team 31 e. V. ► SEITE 3

Freitag, 31. Januar 2025 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

121. Jahrgang · Nr. 26

WETTER

Heute



-1° – 4°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

VfK-Jugend: Auch Freistiler erfolgreich

Insgesamt tummelten sich 101 jugendliche Ringer am vergangenen Wochenende auf den Matten des KSC Friesenheim bei den Pfalzmeisterschaften.

► SEITE 3

Ortsnetzerneuerung in der Mannheimer Straße und am Wasserturm

Die Thüga führt ihre Arbeiten voraussichtlich ab KW 8 in der Mannheimer Straße und Am Wasserturm fort, um das Gasnetz auch hier zukunftsfähig zu machen.

► SEITE 3

INHALT

Lokal	2
Notrufe	2
Sudoku/Rätsel	2
Roman	4
Fernsehen/Wetter	6
Politik	7

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690

www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:

Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:

Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:

Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:

www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien

www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
[@schifferstadtertagblatt](https://www.instagram.com/schifferstadtertagblatt)
LinkedIn
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsAppKanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:
8 bis 11 Uhr.
Telefonisch erreichen Sie uns:
Montag bis Freitag von
8 bis 12 Uhr..
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.

Wichtige Euro für viele Projekte

GUTE SACHE Vereinigte VR Bank Kur- und Rheinpfalz schüttet 25.000 Euro an Vereine aus



Bei einer Zusammenkunft in der Filiale am Schillerplatz feierten die Spendenempfänger gemeinsam mit Regionaldirektor Andreas Braun und Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) die monetäre Unterstützung.

Foto: suk

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Unterstützung für die Restaurierung der Vleugels-Orgel in der Kirche St. Jakobus, eine neue Zeiterfassung für den Leichtathletikclub, Beregnungsanlage und Trainingsstore für FSV und Phönix – das Gewinnsparen bei der Vereinigten VR Bank Kur- und Rheinpfalz hat sich für viele Vereine wieder ausgezahlt.

25.000 Euro standen der Bank zur Verfügung, die sie im Sinne der guten Sache für Wunschprojekte in Vereinen von Schifferstadt, aber auch Otterstadt und Waldsee ausgeben durfte. Bei einer Zusammenkunft in der Filiale am Schillerplatz feierten die Spendenempfänger gemeinsam mit Regionaldirektor Andreas Braun und Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) die monetäre Unterstützung.

Fünf Euro pro Los werden investiert, vier Euro davon werden gespart, ein Euro geht in die Verlosung und 25 Cent kommen in den Spendentopf – grob fasste Braun die Organisation des Gewinnsparens zusammen. Die hohe Summe, die jährlich an die Vereine ausgeschüttet werden kann, zeugt von der guten Annahme der Aktion in der Bevölkerung. „Der Gewinnspartopf ist

ein Gewinn für uns“, machte Braun deutlich und hob hervor: „Nichts ist schöner, als anderen eine Freude zu bereiten.“ Respekt äußerte er in dem Zusammenhang den Vereinen, die mit ihren Mitgliedern vorbildlich vorausgehen in einer Zeit, in der eine Spaltung der Gesellschaft spürbar ist. „Was einer allein nicht schafft, schaffen viele“, machte Braun deutlich.

Darauf baute Volk auf, die ebenfalls zur Vorsicht mahnte, um ein Zerreißen der Gesellschaft zu verhindern. „Was alle betrifft, kann nur gemeinsam angegangen und gelöst werden“, unterstrich die Bürgermeisterin. Dankbar war auch sie für die gewaltige Summe, die der Unterstützung der Vereine diene. „Jeder Euro wird gebraucht, um die wertschätzende Arbeit für die Bürger

anbieten zu können“, machte Volk deutlich.

Der Vorsitzende der Kultur- und Sportvereinigung, Wolfgang Knobloch, griff den Faden auf und bestärkte: „Eine Partnerschaft muss finanziert werden.“ Auch der Dachverband der Schifferstadter Vereine profitiere von der Unterstützung von Institutionen wie der Vereinigten VR Bank Kur- und Rheinpfalz.

Gemeinsam für eine sichere Wahl

SCHIFFERSTADT. Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Zurzeit werden die Wahlbenachrichtigungen versendet. Sobald diese zugestellt wurden, können die Bürgerinnen und Bürger – sofern sie das wünschen – ihre Briefwahlunterlagen beantragen.

Die Briefwahlunterlagen werden voraussichtlich in der Woche vom 10. Februar bei der Stadtverwaltung eintreffen und können erst danach an die Wählerinnen und Wähler versendet oder im Rathaus abgeholt werden. Aufgrund der kurzen Zeitspanne vom Eintreffen der Briefwahlunterlagen bis zur Bundestagswahl wird empfohlen, direkt am Wahltag im Wahllokal zu wählen. Es ist ebenfalls möglich, die Briefwahlunterlagen über die



städtische Website www.schifferstadt.de/wahlen online zu beantragen. Von Nachfragen oder Anträgen via E-Mail bittet die Stadtverwaltung Schifferstadt abzusehen.

Damit die Wahl sicher ablaufen und das Maß an kursierenden Falschinformationen so gering wie möglich gehalten

wird, hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat Leitfäden erarbeitet. Diese sind ebenfalls auf der städtischen Website hinterlegt. Dort sind außerdem alle aktuellen Informationen zur Wahl, Erklärungen zum Ablauf sowie ein Wahlhelfer-Aufruf zu finden.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

120 Euro Rabatt



120 Jahre Tagblatt! Feiern Sie mit!

Das Print-Abo zum Jubel-Preis

1 Jahr lang statt

~~366,-~~

nur 246,-

Gültig für 12 Monate und nur für Neu-Abonnenten. Danach 30,50 Euro pro Monat!



Ein Jahr lang für nur 246 Euro (statt 366,-) seriösen Journalismus abonnieren und damit wissen, was in der Welt und der Region passiert. Statt 30,50 nur 20,50 Euro/Monat



Blieben Sie jeden Werktag informiert mit einem Tagblatt-Abonnement!



4 190609 401202

KURZ UND BÜNDIG

Ortsnetzerneuerung in der Mannheimer Straße und Am Wasserturm

SCHIFFERSTADT. Nachdem im Januar bereits die Arbeiten zur Sanierung des Ortsnetzes und der Hausanschlüsse in der Eichendorffallee aufgenommen wurden, folgen nun weitere Arbeiten in der Mannheimer Straße und Am Wasserturm, um das Gasnetz auch hier zukunftsfähig zu machen.

Sofern die Wetterbedingungen geeignet sind, werden die Sanierungsarbeiten in der Kalenderwoche 8, ab dem 17. Februar 2025, beginnen und insgesamt rund 6 Wochen dauern. Der erste der beiden Bauabschnitte beginnt in der Mannheimer Straße auf Höhe der Hausnummer 107 und verläuft in Richtung der Straße Am Wasserturm bis zur Hausnummer 9. Im zweiten Bauabschnitt werden die Arbeiten bis zur Hausnummer 19 fortgeführt. Für die Tiefbauarbeiten ist das Unternehmen Peka GmbH zuständig.

Während der Arbeiten wird die Straße halbseitig gesperrt. Die Zufahrten zu den Grundstückseinfahrten können daher nur bedingt sichergestellt werden. Für die Auswechslung der Hausanschlüsse werden sich die Mitarbeitenden der Thüga Energienetze vorab mit den Bürgerinnen und Bürgern in Verbindung setzen.

Rückfragen können jederzeit gerne per Mail an rohrbau-pfalz@thuega-netze.de gestellt werden. Zuständig für die Koordination dieser Ortsnetz- und Hausanschlussanierung ist Christian Héroucourt.

Historische Führung: Altstadt und Hasenpfehl

SPEYER. Bernhard Bumb bietet in diesem Jahr wieder seine Altstadt-Führungen an. Folgender Rundgang ist geplant: Die Stuhlbrüder – Die Jesuiten – Sonnenbrücke – Klosterhof St. Magdalena – Dr. Edith Stein (+ 9. August 1942 KZ Auschwitz) – Hasenpfehl – Holzmarkt – Fischmarkt – Der Stelzenfisch – Huren, Hexen, Henker, Rabenstein – Finale: hinauf zur „Münze“. Gebühr: 9 €. Die Führungen finden jeweils 1. März, 5. April, 3. Mai, 7. Juni, 5. September, 4. Oktober, 1. und 2. November und mit kleinen Überraschungen am 6. Dezember 2025 von 14 bis 16 Uhr, Treff: Dom-Hauptportal (Angaben ohne Gewähr). Kontakt: bernhard.bumb@gmx.de

Digitale Einzelausgabe!

www.schifferstadter-tagblatt.de

Hier können Sie von jedem Erscheinungstag Ihre Einzelausgabe in digitaler Form als pdf-Datei bestellen. Eine Ausgabe von Montag bis Freitag kostet 1,20 Euro, die Samstagausgabe 1,30 Euro.

Schifferstadter Tagblatt

BEILAGENHINWEIS

► Der heutigen Ausgabe liegt ein Flyer zur Landratswahl am 23. Februar „Unternehmer Ralf Marohn“ bei.

WIR GRATULIEREN

Frau Maria Kollofrath, zum 85. Geburtstag.



Frauenkino der Gleichstellungsbeauftragten in Schifferstadt

Film „Es liegt nicht an dir, Chéri“ am 5. Februar 2025 im Rex-Kino-Center

SCHIFFERSTADT. Die Gleichstellungsbeauftragten laden recht herzlich ein zum nächsten Frauenkino am Mittwoch, 5. Februar 2025 zu dem Film „Es liegt nicht an dir, Chéri“ ein. Sandrine (Charlotte Gainsbourg) reicht's endgültig. Mehr als 20 Jahre war sie mit ihrem Mann Christophe (José Garcia) verheiratet. Doch von einem ehelichen Miteinander ist in letzter Zeit nicht mehr viel zu spüren. Christophe ist ständig unterwegs und reagiert praktisch nie auf Nachrichten. Mit den gemeinsamen Kindern Lorelei (Lili Aubry) und Bastien (Hadrien Heaulmé) im Rücken verlangt Sandrine schließlich die Scheidung. In helle Panik versetzt, überredet Christophe Frau und Kinder zu einem Wochenendausflug, um das Schlimmste doch noch irgendwie abwenden zu können. Das Chaos ist vorprogrammiert... (Quelle: www.filmstars.de)

Der Eintrittspreis liegt bei neun Euro und beinhaltet neben dem Film auch ein Glas Sekt und nette Gespräche, wie die Gleichstellungsbeauftragten wissen lassen. Der Film beginnt um 20:00 Uhr im Rex-Kino-Center, Zeppelinstr. 6 in Schifferstadt. Karten können gerne im Vorfeld reserviert werden, müssen allerdings am 8. Januar bis spätestens 19:30 Uhr abgeholt werden. Einlass ist um 19:00 Uhr. Aufgrund des großen Andrangs empfiehlt sich dringend eine Kartenreservierung im Vorfeld. Das Frauenkino findet an jedem ersten Mittwoch des Monats statt. Über den Film für das nächste Frauenkino entscheidet das Publikum direkt vor Ort. Reservierungen nimmt das Kino unter 06235/9299840 (ab 17 Uhr) entgegen, alternativ ist eine Onlinebuchung möglich unter <https://www.rex-schifferstadt.de/frauenkino>.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

Kinder sind was Schönes, haben sie gesagt

Familiencoach Matthias Jung in der Stadtbücherei

SCHIFFERSTADT. Von der Trotzphase bis zur Pubertät – Matthias Jungs Programm am Mittwoch, 12. Februar um 19:30 Uhr in der Stadtbücherei, Rehbachstraße 2, lädt zum Nachdenken und Lachen ein. Der Eintritt beträgt 10 Euro.

Sie haben Kinder? Glückwunsch! Und dann hört sich der Alltag so an: „Ich kann alleine...!“, „Das ist unfair!“, „Alle anderen dürfen aber!“ Dazu Medienalltag mit „A ram sam sam“, Kinder wollen nicht ins Bett und das Essen schmeckt ihnen irgendwie auch nie.

Man hätte auch nie gedacht, dass man ein Brot tatsächlich falsch durchschneiden kann. Ständig große Worte von kleinen Stühlen. Wer da mal zwischendurch entschleunigen möchte, schaut seinen Kindern morgens einfach beim Anziehen zu.

Am Ende aller „Phasen“ folgt die Pubertät. Man



muss lernen loszulassen! Am liebsten wohl die Kreditkarte. Dann gibt es noch die elterlichen Zweifel: Wie setze ich Grenzen – bin ich zu streng oder bin ich zu locker? Ist mein Kind reif für die Schule, und wenn ja, für welche? Bin ich reif für die Therapie, und wenn ja, wer bezahlt mir die?

Aber keine Sorge: Deutschlands bekanntester Familiencoach und SPIEGEL-Bestseller-Autor Matthias Jung kommt allen Erziehungsberechtigten zu Hilfe. Er liefert Antworten auf Fragen, die Eltern bewegen. Seine Programme und Vorträge sind eine einzigartige Mischung aus Sachverstand und Humor, faktenreich und äußerst unterhaltsam. Nah an den Eltern! Nah am Alltag! Nah an unseren Kindern!

Karten für zehn Euro sind zu den Öffnungszeiten in der Stadtbücherei oder an der Abendkasse erhältlich.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

Integration durch Sprache: Helfer gesucht für Sprachkurse bei Team 31 e.V.

SCHIFFERSTADT. Sprache ist der Schlüssel zur Integration – eine Überzeugung, die das Team 31 e.V. mit Nachdruck vertritt. Doch die deutsche Sprache stellt viele Geflüchtete vor große Herausforderungen. Um diesen Menschen zu helfen, sucht der Verein engagierte Unterstützer, die ohne formale Lehrerausbildung bereit sind, Geflüchteten die deutsche Sprache näherzubringen.

Das Angebot richtet sich an alle, die Freude daran haben, anderen Menschen zu helfen und ihre eigene Sprache aus einer neuen Perspektive zu betrachten. Dabei sind keine be-

sonderen Qualifikationen notwendig. Vielmehr geht es um den direkten Austausch und die einfache Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache.

Große Wirkung durch kleinen Einsatz

Die Sprachbegleiter können sich auf verschiedene Weise einbringen: Entweder durch regelmäßige Treffen als Sprachpaten, bei denen sie den Geflüchteten durch Gespräche und Alltagsübungen mehr Sicherheit im Deutschen vermitteln, oder durch die Unterstützung

in kleinen Gruppen im Rahmen von Sprachkursen. Der zeitliche Aufwand bleibt überschaubar, bereits eine Stunde pro Woche kann viel bewirken.

Für die Ehrenamtlichen bietet Team 31 e.V. umfangreiche Unterstützung. Von einem ersten Informationsgespräch über Hospitationsmöglichkeiten im Unterricht bis hin zu gestelltem Unterrichtsmaterial und individueller Planung der Einsätze – der Verein sorgt dafür, dass sich alle Helfer gut aufgehoben fühlen.

Darüber hinaus eröffnet das Engagement Einblicke in andere Kulturen und neue Denkweisen,

schafft Kontakte zu Menschen aus aller Welt und gibt die Möglichkeit, ohne große Hürden etwas Neues auszuprobieren.

Jetzt mitmachen und helfen

Das Team 31 e.V. freut sich über jeden, der sich für diese wertvolle Aufgabe interessiert. Wer Lust hat, sich einzubringen und gemeinsam mit Geflüchteten erste Sprachbarrieren zu überwinden, kann sich bei Andrea Hinz unter der Telefonnummer 0176/550 115 94 melden.

Helfen Sie mit, Integration zu gestalten – die ersten Schritte beginnen mit einem Gespräch.



A-, B- und C-Jugend.



D- und E-Jugend.

Fotos: Verein

VfK-Jugend: Auch Freistiler erfolgreich

RINGEN Jugend-Pfalzmeisterschaften

LUDWIGSHAFEN (kc). Insgesamt tummelten sich 101 jugendliche Ringer am ver-



gangenen Wochenende auf den Matten des KSC Friesen-

heim bei den Pfalzmeisterschaften. Mit 14 Teilnehmern war der VfK 07 gut vertreten und auch die Erfolgsbilanz konnte sich sehen lassen. Gleich zehn Mal standen VfK-Ringer auf dem obersten Treppchen und holten sich den Titel. Am Samstag kämpften die A-, B- und C-Ju-

gend um die Titel während am Sonntag die D- und E-Jugendlichen antraten.

Bei der A-Jugend gingen drei Starter auf die Matte und sie alle konnten sich durchsetzen. Meister wurde in der 51-kg-Klasse Jakob May, in der Klasse bis 60 kg setzte sich Said Mubin Nuri durch

und auch Musa Günes wurde in der Klasse bis 65 kg Titelträger. Bei der B-Jugend gab es mit Halil Ömer Yilmaz einen Meister (44 kg), während sich bei der C-Jugend drei VfKler durchsetzten. Meister wurden Milan Benderac (32 kg), Said Qasim Nuri (45 kg) und Til Busch (51 kg).

Bei der D-Jugend wusste sich Arnold Dreiling durchzusetzen (31 kg) und Tina Anuscha Nuri (23 kg) wurde wie Aya Akudman in der Klasse bis 33 kg Meister bei der E-Jugend.

Dritte Plätze gab es in der D-Jugend für Leo Philipp Engel (25 kg), Ellena Maier (38

kg) und David Tasev (49 kg), während Jan Luka Bennewitz (30 kg) den vierten Platz belegte.

Bei der Vereinswertung belegte der VfK mit 37 Punkten bei 14 Teilnehmern den 4. Platz, Sieger wurde der AC Thaleschweiler mit 58 Punkten bei 22 Teilnehmern.



Gute Laune im Schlotten-Haus

BILDNACHLESE

32. Saumagenordensverleihung an Denis Scheck



ROMAN



Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 2021
Diogenes Verlag AG Zürich
www.diogenes.ch
400/217/852/1
ISBN 978 3 257 07115 3

Folge 34

Eigentlich brauchte ich kaum Bargeld, manchmal für ein Kleidungsstück oder in der Drogerie, aber es hielt sich sehr in Grenzen. Ich konnte mir durchaus eine teure Reise leisten. Andererseits wollte ich aber meine Mutter nicht enttäuschen, die mich seit Jahren einmal in der Woche anrief und sich als Einzige für meinen Werdegang und mein Wohlergehen interessierte. Sie wäre wohl sehr traurig, wenn ich mich

nicht mal mehr an Weihnachten zu Hause blicken ließe.

11
Bratkartoffelverhältnis

Frau Alsfelders hatte von einem Bratkartoffelverhältnis gesprochen, und ich kannte den altmodischen Ausdruck tatsächlich nicht. Als ich mich im Internet schlaumachte, erfuhr ich, dass dieser Begriff wohl erst nach dem Ersten Weltkrieg verwendet wurde. Es waren aus der Not entstandene kurze Liebesbeziehungen von Männern, die hauptsächlich Wert auf eine tägliche warme Mahlzeit legten.

Ich wunderte mich, denn von einer Liebesbeziehung zwischen mir und Ruben konnte ja nicht die Rede sein. Oder doch? Waren meine mütterlich-warmen Gefühle vielleicht nur ein Vorwand, und insgeheim hatte ich noch

ganz andere Bedürfnisse? Oder war gar nicht ich, sondern Nadine gemeint?

Doch jetzt ging es erst einmal darum, Ruben mit dem großzügigen Angebot seiner einzigen Kundin zu konfrontieren. Wie zu erwarten, war er begeistert. Nach einer Inspektion der ausgekühlten Mansarde hatte er nur einen einzigen Einwand: »Und wohin mit meinen eigenen Möbeln?«

Das dürfte kein Problem sein, meinte ich. Bis er ein neues Quartier gefunden hatte, war in unserem Keller genug Platz für ein Zwischenlager. Dort hatte ich sowieso schon ein kleines Depot für meine Möbel angelegt, denn mein hiesiges Zimmer war ja bereits geschmackvoll eingerichtet, als ich hier einzog. Da es sich bei Ruben nur um eine Matratze, ein Spind, eine Kommode, einen Stuhl und einen Schreibtisch handelte,

konnte ich sein Mobiliar vielleicht sogar mit seiner und Nadines Hilfe in unserem pkw transportieren. Wo ein Rollstuhl locker hineinpasste, sollte auch Platz genug für eine zusammengerollte Matratze sein. »Sonst leihen wir uns einfach einen kleinen Transporter«, schlug ich vor.

Seit ich in Frau Alsfelders Haus wohnte, hatte noch nie jemand im sogenannten Gästezimmer übernachtet. Ursprünglich war es wohl als Kammer für ein Dienstmädchen vorgesehen, die herrschaftliche Villa stammte ja aus einer Zeit, in der jede halbwegs wohlhabende Familie Personal beschäftigte. Erst nachträglich hatte man eine kleine Toilette einbauen lassen. Nadine konnte zwar berichten, dass zu Beginn ihrer Tätigkeit Christian ein paarmal hier geschlafen habe, weil es ihn im Gegensatz zu meinem Balkonzim-

mer an ein romantisches Bild von Spitzweg erinnerte. Wer jedoch das Gemälde vom armen Poeten kennt, wird gewaltige Unterschiede feststellen. Jener kränkelnde Dichter, der sich unter den schrägen Dachbalken mit einem Regenschirm vor der Nässe schützt, der wegen des zugigen Fensters auch im Bett einen wattierten Schlafrock und eine Zipfelmütze trägt, ist ein bedauernswerter, aber willensstarker Tropf, der sich nicht unterkriegen lässt. Im Vergleich zu seiner armseligen Dachkammer ist unsere Mansarde eine Dreisternesuite.

Meinen Urlaub hatte ich mir redlich verdient, denn zuvor gab es viel zu organisieren, vor allem musste ich Ruben noch eingehend instruieren. »Wenn du demnächst allein die Stellung hier hältst und Fragen hast, kannst du mich natürlich jederzeit erreichen.

Dreimal am Tag kommt der Pflegedienst, die Leiterin erhält Nadines Hausschlüssel und kennt sich aus. Eine warme Mahlzeit wird täglich gebracht, ich habe natürlich für zwei Personen bestellt. Darüber hinaus besorge ich einen größeren Vorrat an Lebensmitteln und Hundefutter, aber wenn irgendetwas fehlt – zum Beispiel frisches Obst –, musst du zum Supermarkt fahren. Brötchen friere ich ein, Bargeld werde ich dir genügend dalassen, das Auto steht dir natürlich zur Verfügung.«

»Ich habe keinen Führerschein«, sagte Ruben, und ich starrte ihn verwundert an. »Die Testophobie hat mir einen Strich durch die Rechnung gemacht«, erklärte er. »Die Fahrstunden klappten gut, es machte mir sogar Spaß. Aber als dann die Prüfung anstand, habe ich gekniffen.«

»Wie konntest du dann überhaupt Abitur machen?«

»Auf einer normalen Schule bin ich gescheitert. Mein Vater hat mich schließlich auf ein Privatschulinternat geschickt, wo Rücksicht auf meine Probleme genommen wurde.«

Das war sicher keine billige Angelegenheit, dachte ich, Rubens Papa wird nicht viel Freude an diesem Sohn gehabt haben und ist sicher erleichtert, dass er jetzt selbstständig wird und wenigstens etwas Geld verdient. Besser als hier bei uns könnte er es nirgends haben, dieser seltsame Junge.

Erst als ich sicher war, dass Ruben Frühstück und Nachmittagskaffee so servieren konnte, wie es meine Herrin gewohnt war, begannen wir mit seinem Umzug.

Fortsetzung folgt

Kindernachricht des Tages

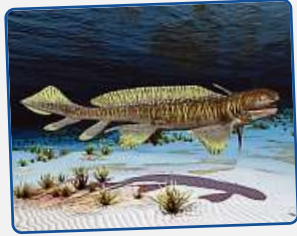
Richtig übler
Fossilien-Fund

Foto: Michael Rosskothien – stock.adobe

Vor ungefähr 66 Millionen Jahren fütterte ein Meeresbewohner – vielleicht der prähistorische Hai Orthacanthus vom Bild – leckere Seelilien. Davon wurde ihm so furchtbar übel, dass er sich übergeben musste. Woher man das weiß? Ein Hobbyforscher aus Dänemark hat das Erbrochene gefunden und ins Museum gebracht. Igitt, Fisch-Kotze, das klingt erst mal eklig, aber klar, nach 66 Millionen Jahren ist daraus längst ein Fossil geworden. Die versteinerte Kotze liefert den Forschenden jetzt viele Erkenntnisse. Sie wissen zum Beispiel mehr darüber, welche Pflanzen damals von wem gefressen wurden. (kp)

Mehr Nachrichten für Kinder und alles über die Kinderzeitung „Kruschel“ gibt es auf www.kruschel.de



Dauerparker am Flughafen: Rund 200.000 Euro Parkgebühren?

In Berlin macht ein Auto Schlagzeilen, für das mittlerweile Zehntausende Euro Parkgebühren aufgelaufen sein sollen. Seit über einem Jahr stehe der Wagen auf dem Kurzzeitparkplatz des Flughafens BER, berichtete die „Berliner Zeitung“. Der Prozess der Er-

mittlung des Alters sei noch nicht abgeschlossen, erklärt ein Sprecher des Betreibers des Parkplatzes. Ein Fahrzeug in dieser Situation abzuschleppen, sei rechtlich komplex und nicht kurzfristig umsetzbar. Auf die Frage, ob der Betreiber die ausstehenden

Parkgebühren einzutreiben gedenkt, heißt es: „Ob geschuldete Parkgebühren in diesem Zusammenhang eingetrieben werden können, hängt davon ab, ob der Schuldner ermittelt werden kann und über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt.“ Foto: dpa

Krebstote:
Zahl bei Jüngeren
deutlich gesunken

WIESBADEN (dpa). Dank besserer Vorsorge und neuer Behandlungen haben sich in den vergangenen 20 Jahren die Heilungschancen bei Krebs verbessert. Das trifft vor allem auf jüngere Menschen zu, wie das Statistische Bundesamt berichtet. „Zwar ist die Zahl der Todesfälle mit der Ursache Krebs binnen 20 Jahren gestiegen“, berichteten die Statistiker anlässlich des Weltkrebstags am 4. Februar. „Der Anstieg dürfte jedoch vor allem auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen sein.“

Nach den jüngsten Zahlen, die sich auf das Jahr 2023 beziehen, starben 230.300 Menschen an den Folgen von Krebs. 2003 waren nur 209.300 krebsbedingte Todesfälle gezählt worden. In der Altersgruppe ab 80 starben 64 Prozent mehr Menschen an Krebs als noch 20 Jahre zuvor. „Bei den jüngeren Altersgruppen sind die Zahlen dagegen im selben Zeitraum gesunken“, heißt es aus Wiesbaden.

Eisbär-Baby auf
Erkundungstour

Der kleine Eisbär im Karlsruher Zoo tapste durch die Außenanlage. Foto: Timo Deible/Zoo Karlsruhe/dpa

KARLSRUHE (dpa). Er reckt sich und streckt sich: Der kleine Eisbär im Karlsruher Zoo hat die ersten tapsigen Schritte in der Außenanlage gemacht. Auf einem Video einer Überwachungskamera, das der Zoo auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht hat, ist er dabei zu beobachten. Anders als seine Mutter Nuka kann er nicht ohne weiteres eine kleine Mauer erklimmen – sondern fällt stattdessen auf den Po. Nach mehreren erfolglosen Versuchen nimmt er schließlich den Umweg um die Mauer herum.

Europol: Schlag
gegen Fälscher

DEN HAAG (dpa). Internationale Ermittler haben nach Informationen von Europol in einer gemeinsamen Aktion gegen den Handel mit gefälschten und verbotenen Medikamenten 418 Verdächtige festgenommen. Mehr als 400.000 Packungen, Millionen Pillen und Ampullen mit illegalen Pharmaprodukten oder Dopingmitteln seien beschlagnahmt worden, teilte Europol in Den Haag mit. Die sichergestellte Ware hatte demnach einen Wert von mehr als elf Millionen Euro.

Asteroid rast 2032
wohl knapp vorbei

MÜNCHEN (dpa). Ein Asteroid könnte der Erde in knapp acht Jahren sehr nahe kommen. „2024 YR4“ habe eine fast 99-prozentige Chance, die Erde am 22. Dezember 2032 sicher zu passieren, hieß es von der europäischen Raumfahrtbehörde Esa. Ein möglicher Einschlag könne aber noch nicht ganz ausgeschlossen werden.

Die berechnete Wahrscheinlichkeit dafür von aktuell etwa 1,2 Prozent sei „eine der höchsten Wahrscheinlichkeiten für einen Einschlag eines Gesteinsbrockens von bedeutender Größe, die es je gab“, schrieb David Rankin vom Teleskopsystem Catalina Sky Survey auf Bluesky mit Blick auf bisher erfasste Daten, die allerdings nur einen winzigen Zeitraum der Erdgeschichte umfassen.

Von der Esa hieß es, dass die berechnete Einschlagswahrscheinlichkeit eines noch ferneren Asteroiden nach weiteren Beobachtungen oft auf null sinke. Der Asteroid hat demnach einen Durchmesser von 40 bis 100 Metern und ist derzeit etwa 27 Millionen Kilometer von der Erde entfernt.

Vater tötet Tochter
wegen Videos

ISLAMABAD (dpa). In Pakistan hat ein Vater seine 15-jährige Tochter wegen Videos auf der Online-Plattform Tiktok erschossen. Der Mann habe die Aufnahmen in den sozialen Medien als unanständig empfunden, wie ein Polizeisprecher mitteilte. Der Vater sei bereits festgenommen worden. Nach einem Verwandten, der möglicherweise an der Tat beteiligt war, werde gefahndet.

Die Familie hat laut Polizei zuvor in den USA gelebt, wo auch die getötete Tochter geboren wurde, und war erst kürzlich zurück nach Pakistan in die südwestliche Stadt Quetta gekehrt. Bereits vor der Tat sei es aufgrund ihrer Online-Videos zu Konflikten zwischen dem Teenager und ihrer Familie gekommen.

Von Sabine Glaubitz

PARIS. Kurze Haare, runde Brille, dazu meist ein Outfit, das lässig und entspannt wirkt. Eine Frau, die in sich ruht. Von dem bewegten Liebesleben des fürstlichen „Enfant terrible“, das sich einst in einem Video-clip im knappen Bikinihöschen auf dem Strand räkelte, zeugen nur noch die Schlagzeilen alter Zeitungen. Heute geht Stéphanie von Monaco, die am 1. Februar 60 Jahre alt wird, in ihrer Rolle als Wohltäterin, dreifache Mutter und Großmutter zweier Enkelinnen auf.

Ihr jüngstes Enkelkind, Constance, kam Anfang Dezember 2024 zur Welt. Das sei ein unglaubliches Glück, sagte die Prinzessin in einem Interview mit der Frauenzeitschrift „Gala“. Zu der zweifachen stolzen Großmutter haben sie ihr Sohn Louis und dessen Frau Marie gemacht.

Louis ist Stéphanies ältestes Kind. Der 32-Jährige stammt aus ihrer ersten Ehe mit Ex-Leibwächter Daniel Ducruet, von dem sie auch die 30-jährige Tochter Pauline hat. Ihr drittes Kind, die 26-jährige Camille, stammt aus ihrer Beziehung mit Jean-Raymond Gottlieb, ebenfalls einer ihrer früheren Leibwächter.

„Die Familie ist der stärkste Anker, den man haben kann“, sagte sie der „Gala“. Sie mag große Familien, in denen alle zusammenkämen. Das sei ihr und ihren Kindern gelungen. Sie hätten einen kleinen Kokon geschaffen. Zu ihren schönsten



Ihre stürmischen Jahre machten Stéphanie von Monaco (Mitte) zum Liebling der Klatschpresse. Heute steht sie – hier mit ihrer Tochter Pauline Ducruet und ihrem Bruder Fürst Albert II. von Monaco – für Familie und soziales Engagement. Foto: dpa

Momenten im Leben zählte auch die Geburt ihrer Kinder. In einem früheren dpa-Interview sagte sie: „Mutter zu sein – das ist der schönste Beruf“. Stéphanie selbst hat ihre Mutter mit 17 Jahren verloren. Sie saß in dem Auto, mit dem 1982 Patricia Gracia tödlich verunglückte.

Die Boulevardpresse liebte Stéphanie, deren Liebesleben immer wieder für Schlagzeilen sorgte. Statt Adlige und reiche Männer zu lieben, schenkte sie ihr Herz Leibwächtern, Zirkuskünstlern und anderen unkonventionellen Partnern. Doch

keine ihrer Beziehungen hielt lange. Von Ducruet, den sie 1995 nach der Geburt ihrer beiden Kinder Louis und Pauline heiratete, ließ sie sich nur ein Jahr später scheiden. Sie verliebte sich in einen belgischen Stripper nicht.

Das Verhältnis zu Gottlieb ging kurze Zeit nach der Geburt von Camille in die Brüche. Die heimliche Hochzeit im September 2003 mit dem fast zehn Jahre jüngeren Zirkuskünstler Adans Lopez Peres war erneut gefundenes Fressen für die Boulevardpresse – ebenso die Scheidung 14 Monate später.

Ohne Rücksicht auf Etiketten versuchte sie in den 1980er-Jahren, sich als Sängerin und Künstlerin einen Namen zu machen. Ihre erste Platte Mitte der 80er-Jahre mit dem Titel „Ouragan“ (englisch: „Irresistible“) wurde ein Hit und eroberte die Charts in mehreren Ländern.

Auch „One Love To Give“, ihre Single-Auskopplung, stürmte die Hitlisten. Als neuer Stern am Musikhimmel erstrahlte die Pop-Prinzessin jedoch nur kurze Zeit. Auch ihre Karriere als Designerin war von kurzer Dauer. 1985 lancierte sie

Die wilden Zeiten sind vorbei

Stéphanie von Monaco wird 60 / Heute geht sie in ihrer Rolle als Wohltäterin, Mutter und Großmutter auf

LEUTE HEUTE

Er wird extrem

Der Fußball-Weltmeister von 2014 und frühere Mainz05-Profi André Schürrle (34) will sich in diesem Jahr einer der härtesten Herausforderungen im Sport stellen. Er geht am 6. Juli beim Triathlon-Klassiker in Roth an den Start. Das heißt: 3,8 Kilometer Schwimmen, 180 Kilometer Radfahren und 42,2 Kilometer laufen. Er sucht „Herausforderungen, die mich ans absolute Limit bringen.“



André Schürrle

Er singt hoch

Österreich schickt einen Opernsänger zum Eurovision Song Contest nach Basel. Der 23-jährige Countertenor Johannes Pietsch, der unter dem Künstlernamen JJ antritt, wurde nach einem internen Auswahlverfahren vom Sender ORF präsentiert. Seinen Song wird JJ, der in sehr hohen Lagen singen kann, erst Anfang März vorstellen. Er hat österreichische und philippinische Wurzeln.



Johannes Pietsch

Sie bleibt auf X

Die ehemalige Grünen-Partei-vorsitzende Ricarda Lang (31) kann sich trotz der Verbreitung von Desinformation, Hass und Hetze einen Rückzug von der Plattform X nicht vorstellen. Es sei eine Möglichkeit, unmittelbar mit Menschen in Kontakt zu kommen, sagte sie der Funke Mediengruppe. Das wolle sie nicht missen. Sie mache Politik für die Menschen – und wolle für diese da sein.



Ricarda Lang Fotos: dpa

BLICK ZURÜCK

1892: Erstes Skispringen am Holmenkollen

Am 31. Januar 1892 wird auf dem Berg Holmenkollen nördlich von Norwegens Hauptstadt Oslo die weltweit erste Skisprungschanze, der Holmenkollbakken, eingeweiht. 12.000 Zuschauerinnen und Zuschauer wohnen dem Spektakel bei. Als Sieger geht der Norweger Arne Ustvedt mit einem Sprung von 21,5 Metern hervor. 1952 ist der Holmenkollen Austragungsort für die Olympischen Winterspiele. Bis heute finden auf dem Berg zahlreiche internationale Wettbewerbe in unterschiedlichen Disziplinen statt, darunter Skispringen, Nordische Kombination, Biathlon und Langlauf.

1929: Roman „Im Westen nichts Neues“ erscheint

Am 31. Januar 1929 erscheint der Roman „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque im Ullstein-Verlag. Das Buch handelt von einem jungen deutschen Soldaten, der die Schrecken des Ersten Weltkrieges hautnah erlebt. Der Antikriegsroman wird in über 50 Sprachen übersetzt. 1930 wird er vom US-Amerikaner Lewis Milestone verfilmt. Die Kino-Aufführung wird in Deutschland am 11. Dezember 1930 wegen „Gefährdung des Ansehens im Ausland“ untersagt. Nach Hitlers Machtergreifung 1933 gehört „Im Westen nichts Neues“ zur verbotenen Literatur in Deutschland. 2022 erscheint die erste deutsche Filmadaption von „Im Westen nichts Neues“. Im Januar 2023 wird der Film in neun Kategorien für den Oscar nominiert.

1968: Neue DDR-Verfassung entworfen

Am 31. Januar 1968 wird der Entwurf für eine neue sozialistische DDR-Verfassung vorgestellt. Die dafür eingesetzte Kommission präsentiert den Entwurf bei einer Tagung der Volkskammer in Berlin. „Unsere Verfassung wird die demokratischste Verfassung sein, die es jemals in Deutschland gab“ erklärt Walter Ulbricht. Die erste Verfassung der DDR stammt aus dem Jahr 1949 und tritt mit der Staatsgründung in Kraft. Nun soll sie an die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Umstände angepasst werden. Im April 1969 dürfen die DDR-Bürger in einem Volksentscheid über die neue Verfassung abstimmen und nehmen sie mit einer großen Mehrheit an. In der Verfassung wird das Prinzip des demokratischen Zentralismus umfassend durchgesetzt und auch die führende Rolle der SED festgeschrieben. Die Verfassung verankert auch das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Fürsorge im Alter und Invalidität und das Recht auf Wohnraum.



Was hat der Brexit gebracht?

Vor fünf Jahren war Schluss: Nach 47 Jahren und 30 Tagen Mitgliedschaft trat Großbritannien am 31. Januar 2020 aus der EU aus. Eine Bilanz. ► KOMMENTAR/MEINUNG & ANALYSE

Merkel stellt sich gegen Merz

Ex-Kanzlerin mahnt nach der Bundestagsabstimmung mit der AfD überraschend ihre Partei

Von Sascha Meyer und Michael Fischer

BERLIN. Nach der Bundestagsabstimmung mit der AfD zur Migration kommt Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) im Wahlkampf zusehends unter Druck. In einem ungewöhnlichen Schritt schaltete sich die frühere Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel ein und kritisierte das Vorgehen ihres Nachfolgers an der Parteispitze.

Asyl-Gesetzentwurf im Bundestag

Sie nannte es „falsch“, erstmalig eine Mehrheit mit Stimmen der AfD zu ermöglichen. SPD und Grüne griffen die Mahnung umgehend auf. An diesem Freitag will die Union einen Asyl-Gesetzentwurf zur Abstimmung stellen, den die AfD wieder unterstützen will.

Merkel hatte sich aus dem Wahlkampf ihrer Partei eigentlich weitestgehend herausgehalten. Einen Tag, nachdem die Union einen Antrag mit Forderungen wie Zurückweisungen

von Asylsuchenden an den Grenzen mit Hilfe von AfD und FDP durchgesetzt hatte, gab sie die Zurückhaltung aber auf.

In einer von ihrem Büro veröffentlichten Erklärung erinnerte die Kanzlerin a.D. an eine frühere Aussage von Merz, nur mit SPD und Grünen vereinbarte Entscheidungen auf die Tagesordnung zu setzen, damit keine Mehrheit mit der AfD zustande kommt.

Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze“, stellte Merkel in der Erklärung fest. Und fügte hinzu: „Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bun-

destag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.“

SPD-Chefin Saskia Esken begrüßte Merz' Botschaft: „Sie hat offensichtlich den Eindruck gewonnen, sie müsse ihren Nachfolger Friedrich Merz an seine staatspolitische Verantwortung erinnern.“ Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge sandte Merkel einen „ganz herzlichen Dank für diese klaren Worte“. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte schon zuvor erkennen lassen, dass das Thema in den Wochen bis zur Wahl am 23. Februar eine größere Rolle spielen soll.

Konkrete Regelungen zur Eindämmung der Migration

Scholz beklagte in der ARD, die Union habe den Konsens aufgekündigt, „dass es keine Zusammenarbeit der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten geben“.

Merz weist das von sich und stellte heraus, dass es beim Nein zu einer Zusammenarbeit bleibe.

„Da können jetzt AfD-Leute triumphieren, wie sie wollen,



Offene Kritik an Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz: Angela Merkel nennt es „falsch“, erstmalig eine Mehrheit mit Stimmen der AfD zu ermöglichen. Das Bild entstand zur Feier anlässlich ihres 70. Geburtstags im September vergangenen Jahres. Archivfoto: dpa

Kollision über Washington

Passagiermaschine stößt im Landeanflug mit Hubschrauber des US-Militärs zusammen / Dutzende Tote

WASHINGTON (dpa). Bei dem Flugzeugunglück in der US-Hauptstadt Washington sind nach Einschätzung der Behörden alle 67 Insassen der beiden Maschinen ums Leben gekommen. „Zum jetzigen Zeitpunkt glauben wir nicht, dass es Überlebende gibt“, sagte Feuerwehrchef John Donnelly. Bislang seien 27 Passagiere aus dem Flugzeug und eine Person aus dem Hubschrauber geborgen worden.

Nahe dem Ronald-Reagan-Airport (DCA) in Washington war am Mittwochabend eine Passagiermaschine mit 64 Menschen

an Bord beim Landeanflug mit einem US-Militärhubschrauber kollidiert. Den bisherigen Ermittlungen zufolge zerbrach der Rumpf der Passagiermaschine in drei Teile. Wie es zu der Kollision kam, ist bislang völlig unklar. Hinweise auf Kriminalität oder Terrorismus gibt es bislang nicht.

Beide Maschinen stürzten in den Potomac River. In dem Militärhubschrauber waren drei Insassen, wie US-Medien berichteten. Boote und Taucher suchten über Nacht in dem eiskalten Wasser nach Überlebenden. Dem US-Verteidigungsministe-

rium zufolge war der Helikopter auf einem Übungsflug. Es sei offen, warum das Militärflugzeug in die Flugbahn der Passagiermaschine geraten sei, sagte der Chef der Airline American Airlines, Robert Isom. „Alles war ganz normal vor dem Absturz“, sagte US-Verkehrsminister Sean Duffy. Es sei eine klare Nacht mit guten Sichtbedingungen gewesen.

Der Flughafen stellte nach dem Absturz zunächst zeitweise den Betrieb ein, sollte aber am Donnerstag wieder öffnen. An Bord der Passagiermaschine waren mehrere Eiskunstläufer, Trainer

sowie deren Angehörige. Sie seien auf der Rückreise von einem Trainingslager gewesen, das in Kansas stattgefunden habe. Der Kreml bestätigte außerdem laut Staatsmedien in Moskau den Tod von zwei Eiskunstläufern russischer Herkunft. Es seien auch noch weitere Russen an Bord gewesen.

US-Präsident Donald Trump erklärte in einer schriftlichen Mitteilung, er sei über den „schrecklichen Unfall“ informiert worden und beobachte die Lage. Er dankte den Rettungskräften für ihren Einsatz.



Mit Hochdruck suchen Rettungskräfte im Potomac River nach Flugpassagieren. Foto: dpa

Freude und Wut in Israel: Chaos bei Geisel-Freilassung

TEL AVIV/GAZA (dpa). Die Freilassung von acht weiteren Geiseln durch Islamisten im Gazastreifen, unter ihnen auch zwei Deutsch-Israelis, hat in Israel ein Wechselbad der Gefühle ausgelöst. Es herrschte große Freude über ihre Rückkehr nach 482 Tagen in Geiselhaft, aber auch Empörung über chaotische und beängstigende Szenen während ihrer Übergabe an das Rote Kreuz.

Geiseln durch aufgehetzte Menschenmenge geführt

Der 80-jährige Gadi Moses und die 29-jährige Arbel Yehud sowie fünf Thailänder mussten in Chan Junis im Süden des Gazastreifens langsam durch eine aufgeheizte, dicht gedrängte Menschenmenge gehen. Auf Bildern ist der dabei von bewaffneten Islamisten begleiteten jungen Frau, die wie der 80-Jährige auch deutsche Staatsbürgerin ist, große Angst ins Gesicht geschrieben. Israelische Fernsehkommentatoren sprachen von einer „Via Dolorosa“, einem Kreuzweg Jesu, den die Geiseln durch die Menge auf dem Weg in die Freiheit passieren mussten. Die 20-jährige Soldatin Agam Berger, die als Erste in Dschabalija im Norden des Gazastreifens freigelassen worden war, musste vor ihrer Übergabe auf einer Bühne den Zuschauern zuwinken.

Palästinensische Häftlinge vorerst nicht entlassen

Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums nannte die Umstände der Übergabe „unmenschlich“ und schrieb: „Dies ist der Feind, mit dem wir es zu tun haben.“ Offenbar aus Verärgerung über die auch als demütigend wahrgenommenen Bilder aus dem Gazastreifen wies der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einen vorläufigen Stopp der geplanten Entlassung von 110 palästinensischen Häftlingen an. Am Samstag ist die Übergabe von drei weiteren Geiseln geplant.

Kompetent
Schifferstadter Tagblatt

Bleiben Sie seriös informiert!



Fundierte Recherche statt Fake News

In der Welt der Nachrichten zu Hause!
Das Tagblatt gibt es gedruckt oder digital.

Schifferstadter Tagblatt

Ihre Tageszeitung seit 1905!

KOMMENTARE



Friedrich Merz bezahlt einen viel zu hohen Preis

Von Dennis Rink
dennis.rink@vrm.de

Der 29. Januar wird als gravierender Einschnitt in die deutsche Geschichte eingehen. Ausgerechnet am Tag des Holocaust-Gedenkens feiern sich die Rechtsextremen im Deutschen Bundestag. Was für ein fürchterlicher Moment. Eine Zäsur. Die AfD ist grinsend durch die Tür geschritten, die ihr alle demokratischen Parteien der politischen Mitte aufgemacht haben. Richtig: alle. In erster Linie Friedrich Merz. Der CDU-Kanzlerkandidat muss sich die Frage stellen, ob es das wert gewesen ist. Merz war nach dem schrecklichen Attentat in Aschaffenburg in der Führungsrolle. Die Ankündigung, am ersten Tag als Bundeskanzler werde sich mit ihm etwas ändern – vollkommen richtig. Und dann hat er den Bogen auf dramatische Weise überspannt und die politische Kultur nachhaltig beschädigt. Drei Wochen vor der Bundestagswahl in der letzten Sitzungswoche solche Entscheidungen zu erzwingen, war reine Symbolpolitik. Denn durch die Entschließungsanträge zur Migration in Deutschland wird sich nichts schnell ändern. Im Gegenteil: Die Bedenken zur Umsetzbarkeit sind immens. Und dafür begeht Merz einen Tabubruch, der ihn obendrein noch die eigene Glaubwürdigkeit kostet. Denn im November hatte er noch genau dieses Szenario mit der AfD ausgeschlossen. Ein viel zu hoher Preis.

Das Problem liegt aber tiefer. Und deswegen sind auch die anderen Parteien mitschuldig. Sie haben es wieder nicht geschafft, sich im Vorfeld zu einigen und eine Mehrheit in der demokratischen Mitte zu finden – dabei muss das das Mittel sein, um der AfD gar nicht erst die Chance zu geben, diese entscheidende Rolle einzunehmen. Natürlich hat Bundeskanzler Olaf Scholz recht, wenn er sagt, man könne Merz nicht mehr trauen. Man kann Scholz nach dieser Rede aber auch nichts mehr vertrauen. Er und seine Regierung haben es verpasst, schon viel früher Maßnahmen zu ergreifen. Selbstkritik? Keine Spur. Lösungen? Keine Spur. Die Rede des Kanzlers war ebenso erschreckend wie dieser ganze Tag. Die Umfragen werden nun zeigen, wie dieses Fiasko bei den Wählern ankommt. In Deutschland gehen jetzt Menschen gegen die CDU auf die Straße, Kirchen sprechen sich gegen die Christlich (!) Demokratische Union aus. Noch einmal: War es das wert? Aber auch SPD, FDP und Grüne stehen unter Druck, weil dieser 29. Januar weiter zur Politikverdrossenheit beigetragen hat. Die Hoffnung bleibt, dass er aber auch ein Weckruf an alle war, was bei dieser Wahl und in den kommenden Jahren auf dem Spiel steht.



Fünf Jahre nach dem Brexit: Es bleiben rote Linien

Von Jochen Wittmann
kommentar@vrm.de

Nach fünf Jahren Brexit steht fest: Genutzt hat der EU-Austritt dem Königreich wenig, geschadet dagegen sehr. Die neue Labour-Regierung will jetzt auf einen „Reset“ setzen, einen Neustart in den Beziehungen zur EU, um die wirtschaftlichen Negativfolgen für die Wirtschaft abzufedern. Allerdings hat London gegenüber Brüssel klargemacht: An den roten Linien wird festgehalten. Damit meint die Regierung von Premierminister Keir Starmer: keine Rückkehr in den Binnenmarkt, auch nicht in die Zollunion und keine zur Personenfreizügigkeit. Mit dem Versprechen hat sich die Regierung in eine Ecke manövriert, aus der eine wirkliche Wiederannäherung an Europa schwierig wird. Man bietet den europäischen Partnern einen Sicherheitspakt an, der nicht nur den Bereich Verteidigung umfasst, sondern auch Klima, Energie und irreguläre Immigration. In der Außen- und Sicherheitspolitik kann die EU auf das Königreich schwerlich verzichten. London möchte von Brüssel ein Veterinärabkommen, das den Handel von Tier- und Pflanzenprodukten massiv erleichtern würde. Auch eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen wird angestrebt. Im Gegenzug pocht die EU auf Fischereirechte in britischen Hoheitsgewässern und will ein Mobilitätsprogramm auflagen, das jungen Leuten Arbeit und Studium ermöglichen soll. Außerdem bietet die EU an, dass Großbritannien dem Pan-Europa-Mittelmeer-Abkommen beitreten kann, einer Art Zollunion, die für britische Nachschubketten nützlich wäre. All das sind löbliche Anstrengungen, werden aber nur wenig an der wirtschaftlichen Brexit-Malaise ändern können. Viel entscheidender für das Wirtschaftswachstum wäre eine Rückkehr zur Zollunion oder in den Binnenmarkt. Eine Mehrheit der Briten sieht das wohl auch so. Doch an seinen roten Linien mag Starmer nicht rütteln. Damit wird die Brexit-Malaise erst einmal weitergehen.



Ein Brexit-Anhänger steht am 31. Januar 2020 mit einem Regenschirm in den Farben der britischen Nationalflagge auf dem Parliament Square in London.

Foto: dpa

Offenbar keine gute Idee

Bilanz nach fünf Jahren Brexit fällt nicht gut aus / Austritt verursacht hohe Kosten

Von Jochen Wittmann

LONDON. Vor fünf Jahren war endgültig Schluss. Nach 47 Jahren und 30 Tagen Mitgliedschaft trat Großbritannien am 31. Januar 2020 aus der Europäischen Union aus. Die „Daily Mail“ titelte: Ein neues Zeitalter ist für Großbritannien angebrochen.

Vorausgegangen waren ein Referendum 2016 und danach dreieinhalb Jahre Streiterei, wie der Brexit auszusehen habe und ob er nicht vielleicht doch noch rückgängig gemacht werden könnte. Diese Hoffnung hatte der fulminante Wahlsieg von Boris Johnson im Dezember 2019 endgültig begraben. Johnson machte sich daran, einen möglichst kompromisslosen Brexit-Deal auszuhandeln.

Denn noch war das Königreich auch am 1. Februar 2020 nicht endgültig draußen. Obwohl formell kein Mitglied mehr, galt bis zum Ende des Jahres eine Übergangsregelung für den Verbleib in der Zollunion und im Binnenmarkt. Auch wenn Großbritannien

nun Drittstaat war, waren immer noch die gleichen Handelsregeln wie vorher in Kraft. Boris Johnson war fest entschlossen, dass sich das ändern sollte. B

Boris Johnsons Pakt besser als ein „No Deal“

Er steuerte einen harten Brexit an. Es war für ihn inakzeptabel, dass sich das Königreich an EU-Regeln halten sollte, daher wollte er raus aus Zollunion und Binnenmarkt. Ein Handels- und Kooperationsabkommen war das Ergebnis, das er nach langem Ringen kurz vor Ablauf der Übergangsperiode aushandelte. Maurice Chevalier meinte einmal, dass das Greisenalter gar nicht so schlecht sei, wenn man die Alternative bedenke. Ähnliches lässt sich über den Johnsons Handelspakt sagen: Ein „No Deal“ wäre schlimmer gewesen. Aber günstig fiel dieser Deal für Großbritannien gewiss nicht aus.

Der zuvor reibungslos verlaufende Güterverkehr im Binnenmarkt wurde ersetzt durch ein

neues Regime des Warenhandels, in dem es zwar keine Tarife, also Zölle und Mengenbeschränkungen gibt, aber sehr wohl „nichttarifäre Handelshemmnisse“. Damit sind all jene Vorschriften gemeint, die Exporteure erfüllen müssen, um Güter in die EU einzuführen. Britische Unternehmen, die zuvor noch problem- und aufwandslos ihre Waren auf den Kontinent verschifften konnten, müssen nun eine geradezu labyrinthisch anmutende Bürokratie beachten. Ausfuhrklärungen, Herkunftsnachweise, Atteste, Sicherheitsdeklarationen, Waren-Codes, Lieferanten-Statements, Gesundheitszeugnisse sind nur einige der Formulare, die es vorzulegen gilt. All das macht den bilateralen Handel komplizierter und verursacht Mehrkosten. Das Einzelhandelsunternehmen Marks & Spencer muss jetzt in Irland ein Lagerhaus mieten, um dort den Papierkram für seine Lebensmittelexporte in die Republik zu lagern. Heute, fünf Jahre nach EU-Austritt und vier Jahre nach

dem Abschied aus dem Binnenmarkt, ist es unter Wirtschaftsexperten unstrittig, dass der Brexit in ökonomischer Hinsicht eine schlechte Idee war. Wenn eine Politikerin wie die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel vom „Dexit“, dem deutschen EU-Austritt, schwärmt, sollte sie sich das britische Beispiel anschauen.

Weniger Wachstum und weniger Investitionen

Die Bilanz sieht nicht gut aus: Vor allem weniger Wachstum und weniger Investitionen für die Volkswirtschaft. Die Behörde „Office for Budget Responsibility“ schätzt, dass die Einbußen für das Bruttoinlandsprodukt langfristig vier Prozent betragen. Eine Studie des Instituts „Cambridge Econometrics“ bezifferte im Januar letzten Jahres die bisherigen Kosten des Brexits für die britische Volkswirtschaft auf 140 Milliarden Pfund, umgerechnet rund 166 Milliarden Euro, und in zehn Jahren sollen die Unkosten auf 311 Milliarden Pfund anwach-

sen. Dazu kommt, dass es mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit neue Beschränkungen für Briten gibt, wenn sie in die EU reisen oder dort arbeiten oder studieren wollen – und nicht nur, wenn sie sich in der Schlange bei der EU-Einreise anstellen müssen.

Der Austritt war ein Verlustgeschäft: weniger Wohlstand, weniger Einfluss, weniger Größe. Die meisten Briten – 57 gegenüber 43 Prozent – würden sich heute für die EU-Mitgliedschaft entscheiden, wie der Wahlforscher Sir John Curtice herausfand. Die Brexit-Revolution war nicht auf Vernunft, sondern auf Emotionen gegründet. Am unteren Ende der Skala war das perfideste Argument immer gegen „Johnny Foreigner“ gerichtet, den Ausländer, den man einerseits nicht ins Land lassen wollte und von dem man sich andererseits, in der Gestalt der Brüsseler Kommission, schon gar nicht herumkommandieren lassen wollte. Am oberen Ende der Skala lautete das Argument etwas wohlklingender: nationale Souveränität.

Gefühl der Ausweglosigkeit bei Wählern

Kurz vor der Bundestagswahl breiten sich einer Studie zufolge Frustration und Ratlosigkeit aus

Von Christoph Driessen

KÖLN. Die Stimmung vieler Wähler ist einer tiefenpsychologischen Studie zufolge von Sorgen, Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit bestimmt. Die Folgen einer stotternden Wirtschaft, bröckelnden Infrastruktur und teils fehlgesteuerten Migration würden zunehmend im Alltag der Menschen spürbar, ergab die Studie des Kölner Rheingold-Instituts. „Und kaum jemand glaubt daran, dass sich die Lage durch einen Regierungswechsel nach der Bundestagswahl verbessern wird“, sagte Institutsleiter Stephan Grünewald.

Die Untersuchung basiert auf ausführlichen Interviews mit 50 Wählerinnen und Wählern vom 13. bis zum 23. Januar. Die Befragten waren zwischen 20 und 65 Jahren alt, ihre Parteipräferenz entsprach der Stimmenverteilung der Wahlumfragen in der ersten Januarhälfte. Die nicht repräsentative Studie zielt darauf ab, Ängste, Sehnsüchte und Wahrnehmungsmuster zutage zu fördern, die Meinungsumfragen nicht erfassen können.

Schon in früheren Studien, etwa während der Corona-Pande-



Kaum jemand glaubt, dass sich die Lage in Deutschland durch einen Regierungswechsel nach der Bundestagswahl verbessern wird. Foto: dpa

mie und zu Beginn des Ukraine-Kriegs, hatte das Rheingold-Institut eine Krisenstimmung in der Bevölkerung ermittelt. Damals reagierten viele Menschen auf die äußere Bedrohung mit einem Rückzug ins Private. Doch das gelinge inzwischen kaum noch, sagte Grünewald.

Die Attentate von Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg unterhöhlten das Sicherheitsempfinden. Die hohe Inflation schwäche die Kaufkraft und schüre Verlustängste, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum führe dazu, dass sich manche als Heimatvertriebene im eigenen

Land fühlten. Angesichts dieses Bergs von Problemen hatten viele Wählerinnen und Wähler große Erwartungen in die Ampel-Regierung gesetzt. „Doch statt einer väterlichen Schutzmacht haben wir einen steten Bruderkrieg erlebt“, sagte Grünewald. „Der Dauerzank in Berlin hat im Land das Gefühl erzeugt, dass man verwaist“ ist und allein gelassen mit den Problemen.“

Angesichts der dadurch erfahrenen Kränkungen herrschten quer durch die politischen Lager große Irritation und Unverständnis darüber, dass alle drei Spitzenpolitiker der Ampel – Olaf Scholz

(SPD), Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP) – erneut anträten: „Dreist, dass sich alle wieder aufstellen“, sei eine oft gehörte Äußerung gewesen.

Da die Wähler zudem keine überzeugende Koalitionsoption sehen, verstärkt sich eine resignierte Stimmung mit dem Tenor, dass die erhoffte Wende zum Besseren auch nach der Bundestagswahl ausbleiben werde. Ein „Weiter so“ erscheine angesichts der gewaltigen Herausforderungen jedoch geradezu bedrohlich – im Hintergrund stehe die Befürchtung, dass dies der AfD massiv in die Hände spielen würde.

Weiter voranschreitende gesellschaftliche Spaltung

Die dadurch empfundene Ausweglosigkeit birgt den Ergebnissen zufolge auch ein explosives Element aufgrund der weiter voranschreitenden gesellschaftlichen Spaltung. „Mitunter hatten wir in den Tiefeninterviews den Eindruck, dass die befragten Wählenden in komplett unterschiedlichen Wirklichkeiten leben und die Welt vollkommen

anders wahrnehmen“, sagte Grünewald. Für das eher linksbürgerliche Lager sei eine Machtbeteiligung der AfD das absolute Schreckbild. Hier hege man die verzweifelte Hoffnung, dass die anderen Parteien im konstruktiven Schulterschluss die Probleme doch noch irgendwie in den Griff bekommen werden.

Das eher konservative, AfD-nahe Lager neige hingegen dazu, die Lage eher noch zu dramatisieren. In dieser Wählergruppe gebe es eine Sehnsucht danach, dass jemand das bestehende System sprengte und den Problemstau radikal auflöse. Der Regierungsantritt von US-Präsident Donald Trump befeure dies noch.

Was ist angesichts dieser enormen Herausforderungen nun zu tun? Psychologe Grünewald hat folgenden Rat: „Die Brandmauer zur AfD ist richtig und wichtig, doch sie funktioniert nur, wenn die demokratischen Parteien Probleme jetzt wirklich lösen und liefern. Wenn es in der nächsten Regierung erneut so dicke Luft wie in der Ampel geben sollte, dann führt dies zur Erstreckung der Demokratie.“

MICHEL FRIEDMAN VERLÄSST DIE CDU

► Der Frankfurter Publizist Michel Friedman hat seinen Austritt aus der CDU erklärt. Er begründete dies mit der gemeinsamen Abstimmung von Union und AfD am Mittwoch im Bundestag. Friedman nannte dies gegenüber dem Hessischen Rundfunk „eine katastrophale Zäsur für die Demokratie“ der Bundesrepublik und ein „unentschuldigbares Machtspiel“. Friedman, Jahrgang 1956, gehörte von 1994 bis 1996 dem CDU-Bundesvorstand an. In Mainz hatte er Jura studiert. Von 1983 bis 2003 war er Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, von 2000 bis 2003 stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Nach einer Kokain-Affäre trat er 2003 von seinen Ämtern zurück und beendete vorläufig seine Karriere als TV-Moderator. Zu seinem Austritt erklärte Friedman, er glaube Merz zwar, dass er mit AfD nicht koalieren wolle. Aber die „Büchse der Pandora“ zur Normalisierung der AfD sei mit der jüngsten Abstimmung ausgerechnet auf Bundesebene geöffnet. Das werde sich auch auf die Politik in Städten und Gemeinden auswirken. Wörtlich sagte Friedman: „Die Naivität derjenigen, die bei der CDU uns erklären wollen, dass das alles ja nicht gewollt war, dass man deren Stimmen gar nicht haben wollte, ist so unterkomplex, dass man da gar nicht mehr hinzuhören kann.“

ANGELA MERKEL IM WORTLAUT:

► In seiner Rede am 13. November 2024 im Deutschen Bundestag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz, ausweislich des stenografischen Protokolls des Deutschen Bundestags unter anderem erklärt: „Für die wenigen verbleibenden Entscheidungen, die ohne Bundeshaushalt möglich sein könnten, will ich Ihnen hier einen Vorschlag machen: Wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten, und Ihnen, die Grünen, vereinbaren, dass wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Vereinbarung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren. Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.“

► Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze. Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.

► Stattdessen ist es erforderlich, dass alle demokratischen Parteien gemeinsam über parteipolitische Grenzen hinweg, nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, alles tun, um so schreckliche Attentate wie zuletzt kurz vor Weihnachten in Magdeburg und vor wenigen Tagen in Aschaffenburg in Zukunft verhindern zu können.



Viele Menschen sehen in dem AfD-gestützten Beschluss einen Tabubruch. Vielerorts sind darum Proteste angekündigt. Oder haben gar schon stattgefunden – wie hier in Berlin vor der CDU-Zentrale. Foto: dpa

Was bedeutet Merz' Asylbeschluss?

Die Union hat ihren Antrag zur Migration mithilfe der AfD durchgesetzt / Wie es nun weitergeht

Von Stephen Weber

BERLIN. Die Abstimmung zur Asylwende am Mittwoch im Deutschen Bundestag wird in die Geschichtsbücher eingehen. Erstmals in der deutschen Nachkriegszeit ist ein Antrag im Bundestag nicht mit einer Mehrheit der demokratischen Kräfte verabschiedet worden, sondern maßgeblich mit den Stimmen der extremen Rechten. Nur durch die Zustimmung der AfD haben die Union und ihr Spitzenkandidat Friedrich Merz für ihren Fünf-Punkte-Plan zur Verschärfung der Migrationspolitik eine Mehrheit erhalten. Eine Zäsur. Dabei hat der Antrag formal nur symbolischen Charakter. Ob die Migrationspolitik wirklich verschärft wird, wird sich erst am Freitag bei der Abstimmung über den Entwurf zum sogenannten Zustrombegrenzungsgesetz von CDU/CSU entscheiden.

Was bedeutet der Beschluss vom Mittwoch?

Der Beschluss ist als eine Art Arbeitsaufforderung an die Bundesregierung zu verstehen. Als Ausdruck des Willens der Mehrheit des Parlamentes. Er ist allerdings rechtlich nicht bindend. Merz' Vorhaben erhielt unmittelbar nach Bekanntwerden eine Woche zuvor große mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Einen Tag zuvor hatte im bayerischen Aschaffenburg ein ausreisepflichtiger Afghane eine Kindergartenkindergruppe mit einem Messer attackiert. Ein zweijähriger Junge sowie ein 41-Jähriger, der zu Hilfe eilte, starben.

Wie war das Abstimmungsverhalten am Mittwoch?

Merz' Fünf-Punkte-Plan ist mit einer hauchdünnen Mehrheit von drei Stimmen angenommen worden. Neben der Union stimmten Fraktionsmit-

glieder von AfD und FDP sowie sechs fraktionslose Abgeordnete dem Antrag zu. Bei der CDU/CSU stimmte allerdings die Thüringer Abgeordnete Antje Tillmann gegen den Antrag. Bei der FDP gab es zwei Enthaltungen. Ex-FDP-Politiker Volker Wissing stimmte gegen den Antrag. Die Mitglieder des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) enthielten sich geschlossen.

Was steht am Freitag zur Abstimmung und wie geht es dann weiter?

Am Freitag entscheidet der Bundestag über den Entwurf des Zustrombegrenzungsgesetzes von CDU/CSU. Bereits vergangenen September hatte die Union das Gesetz in den Bundestag eingebracht – als Reaktion auf das Messerattentat von Solingen. Im Sommer hatte ein ausreisepflichtiger Syrer drei Menschen auf einem Volksfest bei einem Ter-

roranschlag getötet. Der Entwurf der Union wurde damals in der ersten Lesung im Bundestag diskutiert. Anschließend lehnte der von der damals noch bestehenden Ampelregierung dominierte Innenausschuss den Entwurf ab. Zu einer Abstimmung im Bundestag kam es daher nicht mehr. Sollte das Gesetz nun im zweiten Anlauf angenommen werden, muss es noch den Bundesrat passieren. Sollte das Gelingen, wäre die Entscheidung bindend. Allerdings zeichnet sich zurzeit im Bundesrat keine Mehrheit ab. Der Bundesrat kommt, insofern keine Fristverkürzung beschlossen wird, erst nach der Bundestagswahl wieder zusammen.

Was steht im Zustrombegrenzungsgesetz?

Das zentrale Vorhaben des Zustrombegrenzungsgesetzes ist, die „Begrenzung des Zu-

zugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland“ im Aufenthaltsgesetz festzuschreiben. Das Gesetz sieht außerdem vor, den Familiennachzug von Ausländern ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu stoppen. Zudem soll die Bundespolizei mehr Befugnisse erhalten. Die Union fordert, dass Bundespolizisten künftig in ihren Zuständigkeitsbereichen bei Abschiebungen helfen dürfen. Dazu gehöre auch die Möglichkeit, eigenständig Haft für einen Abschiebebewahrsam zu beantragen.

Wird das Zustrombegrenzungsgesetz angenommen?

Es ist wahrscheinlich, aber nicht sicher, dass der Entwurf am Freitag angenommen wird. Daher fordert Merz die Regierungsfractionen von SPD und Grünen weiterhin auf, mit ihm ins Gespräch zu kommen. In den ARD-Tages-

themen sagte Merz am Mittwochabend, dass seine Partei grundsätzlich verhandlungsbereit sei: „Wir können auch über den Gesetzentwurf, den wir am Freitag zur Abstimmung stellen, noch diskutieren.“ Beobachter vermuten, dass die Union das Zustrombegrenzungsgesetz auch deshalb zur Abstimmung gestellt hat, damit sie nicht der AfD in eine Falle läuft. Denn: Die AfD hatte laut darüber nachgedacht, das Papier von CDU/CSU selbst zu Abstimmung zu stellen. Wäre es dazu gekommen, hätte die Union in einem Dilemma gesteckt. Hätten sie dann dem Gesetzentwurf zugestimmt, hätten sie einem AfD-Antrag womöglich eine Mehrheit verschafft. Hätten die Union wiederum dagegen gestimmt, hätte das ihrer Glaubwürdigkeit und die ihres Kanzlerkandidaten Merz massiv geschadet.

Aufregung um Angela Merkel

Die Ex-Regierungschefin fährt ausgerechnet dem Kanzlerkandidaten ihrer eigenen Partei in die Parade / Friedrich Merz gibt sich unbeirrt

Von Jan Drebes, Hagen Strauß, Jana Wolf, Kerstin Münstermann und Birgit Marschall

BERLIN. Am Tag nach dem von der Union und ihrem Kanzlerkandidaten verursachten AfD-Beben versuchte es Friedrich Merz mit „Business as usual“. Ein Interview in seinem Büro im Reichstag, später eine Reise nach Dresden zu einer Wahlkampfveranstaltung. Aber: Jede Menge Beratungsbedarf besteht zugleich, denn was am Mittwochabend im Parlament bei Unionsanträgen geschehen war und was sich an diesem Freitag mit einem Gesetzentwurf zur Verschärfung bei der Zuwanderung wiederholen könnte, hat für eine Welle der Empörung gesorgt: eine Mehrheit mit Stimmen der AfD.

Wie aus dem Nichts erreichte Merz am Donnerstagmittag dann das nächste Beben – seine innerparteiliche Intimfeindin Angela Merkel meldete sich mit einer Erklärung zu Wort. Sie halte das Vorgehen des Kanzlerkandidaten für falsch, so die Altkanzlerin.

Rumms. Es war das, was die Union unbedingt vermeiden wollte: Ein Richtungsstreit vor der Wahl, zwischen den beiden prominentesten Vertretern der CDU. Dass Merkel und Merz sich in herzlicher Abneigung gegenüberstehen, ist kein Geheimnis. Zuletzt aber sah es so aus, dass man einen Burgfrieden geschlossen hatte. Merz gratulierte Merkel bei einer Veranstaltung zu ihrem 70. Geburtstag und Merkel vermied es sowohl in ihren Memoiren als auch in diversen Veranstaltungen, sich dezidiert zu Merz zu äußern.

Doch zu den Vorgängen im Bundestag wollte Merkel nicht schweigen. Ihrer Auffassung von Politik läuft das Vorgehen von Merz zuwider. Zum einen vertritt sie in der Migrationspolitik eine andere Linie – dafür ist sie seit der Flüchtlingskrise von ihrer eigenen Partei und der CSU heftig kritisiert worden. Sie ist von ihrem „Wir schaffen das“ nie wirklich inhaltlich abgerückt, auch wenn sie mit ihrem Türkei-Abkommen kurzfristig für eine Befriedung der Situation ge-

sorgt hatte. Dass die CDU jedoch in der Woche des Holocaust-Gedenkens einen Antrag zur Zurückweisung an Grenzen gemeinsam mit der AfD verabschiedet, hält Merkel mit den Werten ihrer Partei für nicht vereinbar.

Auf den Fluren des Reichstags war Merkel am Donners-

tag plötzlich Aufreger-Thema Nummer eins: „Muss sie selber wissen, wie sie ihrer Partei im Wahlkampf helfen will“, lästerte ein CDU-Abgeordneter ironisch.

Ist Merz jetzt aber derjenige, der mit der AfD tanzt? Es gab Proteste vor dem Konrad-Adenauer-Haus der CDU in Berlin,

zu weiteren Demos auch rund um den am Montag stattfindenden Parteitag wurde in den sozialen Netzwerken aufgerufen. Im Netz sah sich der CDU-Chef massiven Anfeindungen ausgesetzt. Und nach der Verabschiedung des Antrags gab es Buhrufe für ihn – manch einer in der Union kritisierte freilich, dass der Fraktionschef den Beschluss in einer kurzen Rede „bedauert“ habe. Da sei er „zu sensibel“ gewesen.

In der Partei herrschen Trotz, Frust und Verunsicherung

In der Union herrscht nun ein Stimmungsgemisch aus Trotz, Frust und Verunsicherung. Mit einer Welle der Empörung hatte man zwar gerechnet, aber offenkundig nicht mit einem solchen Tsunami. Für Merz, so heißt es, sei klar, dass er seinen Kurs durchziehen werde. In seinem Umfeld wird an den früheren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch erinnert, der 1999 im Wahlkampf mit einer Unterschriftenkampagne

gegen den Doppelpass wütende Proteste auf sich zog, aber wohl trotzdem Volkes Nerv traf und die Wahl gewann. Koch unterstützte am Donnerstag Merz' Agieren.

Andere sehen das Vorgehen kritisch. Sie weisen darauf hin, dass man die Reihen von SPD und Grünen geschlossen habe, dass mancher Wähler sich bestärkt fühlen könnte, trotzdem den ungeliebten Olaf Scholz zu wählen. „Wir beatmen gerade den Kanzler“, so einer nachdenklich. Ein weiterer Abgeordneter betonte indes: „Es protestieren doch nur die, die uns sowieso nicht wählen würden.“

Für diesen Freitag hat Merz die Unionsfraktion um acht Uhr zur Sondersitzung eingeladen, bevor es am Vormittag zur Debatte und Abstimmung über den Entwurf des sogenannten Zustrombegrenzungsgesetzes kommen soll. Erneut könnte dann der Entwurf mit Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen, schließlich hatten auch FDP und BSW ihre Unterstützung angekündigt.



Angela Merks Auffassung von Politik läuft das Vorgehen von Friedrich Merz zuwider. Foto: dpa

Frankreich zieht Truppen ab

PARIS/N'DJAMENA (dpa). Frankreich hat nach der Aufkündigung eines Militärabkommens durch den Tschad den Abzug seiner Truppen aus dem zentralafrikanischen Land abgeschlossen. Das teilten die Streitkräfte beider Länder mit. Zuletzt waren noch rund 1.000 französische Soldaten im Tschad stationiert. Der letzte Stützpunkt in der Hauptstadt N'Djamena sei übergeben worden und markiere damit das endgültige Ende der französischen Militärpräsenz im Tschad, teilte der Generalstab der tschadischen Armee am Vortag einer für Freitag geplanten offiziellen Zeremonie mit. Alle Truppen und militärisches Material seien nach Frankreich verlegt worden, hieß es vom französischen Generalstab. Seit der Unabhängigkeit der früheren französischen Kolonie 1960 hatte Frankreich im Tschad nahezu durchgängig Militärflugzeuge stationiert. Ende November hatte das Land das Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Frankreich für beendet erklärt.

Aus für Koalition in Norwegen

OSLO (dpa). Die Regierungskoalition in Norwegen ist im Streit über die Umsetzung von EU-Verordnungen für den Energiemarkt zerbrochen. Die bäuerliche Zentrumspartei als bisheriger Juniorpartner der Sozialdemokraten von Ministerpräsident Jonas Gahr Støre tritt im Zuge der Unstimmigkeiten aus der Regierung aus, wie der Parteichef und bisherige Finanzminister Trygve Slagsvold Vedum sowie Fraktionschefin Marit Arnstad in Oslo verkündeten. Das Koalitions-Aus bedeutet nicht, dass Stores Zeit als Ministerpräsident zwangsläufig vorbei ist. Seine Sozialdemokraten können bis zur nächsten Wahl alleine weiterregieren, müssen dafür aber acht Ministerposten neu besetzen.

Bischof Williamson tot

MENZINGEN (dpa). Der als Holocaust-Leugner bekannte und wegen Volksverhetzung in Deutschland verurteilte britische Geistliche Richard Williamson ist tot. Das teilte seine einstige Glaubensgemeinschaft mit. Nach Angaben des Generalkonsuls der erzkonservativen Priesterbruderschaft St. Pius X. in Menzingen in der Schweiz starb Williamson im Alter von 84 Jahren. Der Geistliche hatte unter anderem in einem in Bayern aufgenommenen Interview die Existenz von Gaskammern zur Vernichtung der Juden während der Zeit des Nationalsozialismus abgestritten.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Wie gefährlich ist die Legalisierung wirklich?

Die CDU will Cannabis wegen „immer brutalerer Kriminalität“ nach der Bundestagswahl verbieten

Von Aaron Niemeyer

MAINZ/WIESBADEN. Seit knapp einem Jahr darf Cannabis in Deutschland von Erwachsenen in weiten Teilen legal angebaut und konsumiert werden. Angesichts der nahenden Bundestagswahl rückt das Thema erneut in den Fokus: Während die Ampelparteien zu ihrem Gesetz stehen, gibt es von den Oppositionsparteien teils massive Kritik. Was sagen die Parteien zur Legalisierung? Und welche Auswirkungen hatte die Legalisierung in Hessen und Rheinland-Pfalz wirklich? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wie positionieren sich die Parteien zur Cannabis-Legalisierung?

Zur Legalität von Cannabis haben die Parteien sich unterschiedlich positioniert. SPD, Grüne und CDU wollen ihr Gesetz auch nach der Wahl belassen. Die Unionsparteien CDU und CSU haben die Legalisierung von Anfang an scharf kritisiert und wollen diese im Falle einer Regierungsbeteiligung wieder rückgängig machen – genau wie die AfD. Das Bündnis Sahra Wagenknecht hat sich bislang nicht eindeutig zu dieser Frage positioniert. Die Linke spricht sich hingegen für eine vollumfängliche Legalisierung aus.

Welche Kritik äußern die Parteien an der Cannabis-Legalisierung?

Die Unionsparteien kritisieren, dass das Cannabis-Gesetz Dealer schütze und Kinder und Jugendliche zum Drogenkonsum anstifte. Die AfD argumentiert, dass der Konsum von Cannabis eine „Minderung der Intelligenz“ verursache. Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz spricht sogar von einem Sicherheitsproblem in



Seit knapp einem Jahr sind der Anbau und Konsum von Cannabis teilweise legal. Belastbare Daten zu den gesellschaftlichen Auswirkungen gibt es bisher kaum. Foto: dpa

Zusammenhang mit dem Verkauf von Drogen und behauptet: „Mit der Cannabis-Legalisierung steht Deutschland vor einer rasant zunehmenden, immer brutaler werdenden Rauschgiftkriminalität.“

Gibt es wirklich „immer brutale Rauschgiftkriminalität“?

Ein Anstieg der (organisierten) Kriminalität gehört laut einer Vorfeldanalyse des „Instituts für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung“ (ISD) im Auftrag der Bundesre-

gierung zu den möglichen Auswirkungen der Legalisierung. Die Redaktion hat die Bundesregierung gefragt, welche Informationen dazu nach knapp einem Jahr vorliegen. Dazu die Regierung: „Die gesetzlichen Änderungen im Rahmen der Legalisierung von Cannabis sind erst seit wenigen Monaten in Kraft. Derzeit lassen sich noch keine Feststellungen zu Auswirkungen auf die Organisierte Kriminalität treffen.“

Die Redaktion hat auch die Landes kriminalämter (LKA)

um eine Auswertung gebeten. Nach Angaben des LKA Rheinland-Pfalz können zu einem möglichen Anstieg Cannabisbezogener Kriminalität „keine Aussagen getroffen werden“, da es keine passenden Erfassungsparameter gebe. Das LKA Hessen teilt mit, dass in Zusammenhang mit Cannabisbezogener Gewaltkriminalität „keine signifikanten Veränderungen erkannt werden“. Die Fallzahlen Cannabisbezogener Eigentumsverbrechen (etwa Raub, Diebstahl) bewegten sich

„konstant im niedrigen zweistelligen Bereich“. Im Bereich „organisierte Kriminalität“, habe es „auch aufgrund der kurzen Zeitspanne“, keine „signifikanten Entwicklungen“ gegeben. Jedoch ließe die Sicherstellungen „von Großmengen an Cannabis“, den Rückschluss zu, „dass trotz der (Teil-)Legalisierung ein großer Abnehmerkreis im Bereich des Schwarzmarkts vorhanden sein muss“.

Welche gesundheitlichen Auswirkungen sind aktuell bekannt?

Laut ISD-Vorfeldanalyse gehören auch Cannabiskonsumstörungen, Intoxikationen und Psychosen zu den möglichen Folgen der Legalisierung. Inwiefern sich die Fallzahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz verändert haben, ist nicht bekannt, wie das hessische und das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium auf Anfrage mitteilen. Auch zu einer möglichen Veränderung des Konsumverhaltens und des Einstiegsalters habe man keine aktuellen Informationen, so die Ministerien. Ähnlich sieht es bei den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) aus. Die Daten lägen nicht vor, so die KV Rheinland-Pfalz. Die KV Hessen teilt mit, dass laut Daten der Stadt Frankfurt immerhin keine Cannabisbedingte Veränderung der Suizidrate feststellbar sei.

Warum ist über Auswirkungen der Legalisierung so wenig bekannt?

Die Daten zur Kriminalitätsrate würden derzeit „im Rahmen umfangreicher Qualitätssicherungsmaßnahmen abgestimmt und vom Bundeskriminalamt im Laufe des Jahres veröffentlicht“, teilt das Bundesinnenministerium auf Anfrage mit.

Und das Bundesgesundheitsministerium berichtet: „Die Bewertung der Auswirkungen der Teillegalisierung von Cannabis bleibt grundsätzlich der Evaluation des Konsumcannabisesetzes vorbehalten.“ Laut Gesetz soll dem Ministerium bis April 2028 eine unabhängige Evaluation vorgelegt werden. Ein Zwischenbericht zur Kriminalität soll bis April 2026 vorliegen. Bis Oktober 2025 soll eine erste Auswertung zum Jugendschutz erfolgen.

„Es ist unsere historische Verantwortung“

Fraktionen im Bundestag diskutieren leidenschaftlich über ein AfD-Verbotsverfahren / Keine Entscheidung vor der Bundestagswahl

Von Mey Dudin

BERLIN. Es ist nicht alltäglich, dass einer Debatte im Bundestag ermahnende Worte vorausgehen. Am späten Donnerstagnachmittag wird in dem Hohen Haus über Anträge zur „Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD“ diskutiert. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau bitet die Abgeordneten inständig, die „Debatte in Respekt voreinander“ zu führen.

Diskutiert werden zwei Anträge: Eine Gruppe von mehr als 120 Abgeordneten um den sächsischen CDU-Politiker Marco Wanderwitz will mit einem Antrag erreichen, dass das Parlament ein AfD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht einleiten lässt. Eine Gruppe Grünen-Abgeordneter spricht sich in einem zweiten Antrag zu, um die Erfolgsaussichten eines Verbots zu bewerten.

„Weil unser Land sie nicht mehr länger ertragen kann“

Wanderwitz sagt: „Wir als Antragsteller sind überzeugt davon, dass die AfD keine Partei ist, die mal eben ein bisschen rechts ist, sie sind Verfassungsfeinde, sie sind Feinde unserer Demokratie, sie sind Menschenfeinde.“ Der Bundestag ist neben Bundesregierung und Bundesrat eines von drei Verfassungsorganen, das ein Verbotsverfahren anstoßen kann. Wanderwitz erinnert an die



Geht es nach dem Willen dieser Demonstranten, die vor dem Kanzleramt in Berlin protestieren, soll die als in weiten Teilen als rechtsextrem eingestufte AfD sofort verboten werden. Foto: dpa

Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am Vortag im Parlament. „Auschwitz mahnt, wie fragil unsere Zivilisation ist, wie schnell ihre humanistische Substanz erodiert und wie verletzlich ihr ethisches Fundament bleibt.“ Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hätten die richtigen Lehren gezogen und die deutsche Demokratie wehrhaft gegen innere Feinde gemacht.

Das Parteiverbot sei Ultima Ratio, ein scharfes Schwert. Das wollten die Antragsteller nun ziehen, „weil die AfD eine wirklich gefährliche, demokratiezusetzende, Herzen

vergiftende, Hass und Hetze sähende Partei“ sei. „Weil unser Land sie nicht mehr länger ertragen kann, ohne langfristig irreparablen Schaden an seiner Substanz zu nehmen.“ Wanderwitz betonte: „Es ist unsere historische Verantwortung, die Tür in Karlsruhe zu öffnen, dass wir zumindest in einigen Jahren diese rechtsextremistische Partei los sind in Deutschland.“

Die Abgeordneten hatten den Antrag schon im Oktober in den Bundestagsfraktionen zur Diskussion gestellt. Dann kam allerdings der Ampelbruch am 6. November. Wegen der vorgezogenen Neu-

wahl wird es zur Abstimmung über die Anträge wohl nicht mehr kommen, sie werden nach der Debatte in die Ausschüsse überwiesen. Ob der Antrag überhaupt Chancen auf eine Mehrheit hätte, bleibt unklar.

Grüne kritisieren CDU, AfD-Mann erhält Ordnungsruf

Für die AfD spricht Stephan Brandner, der sogleich seine verbale Attacke gegen Wanderwitz startet. Er wirft ihm und anderen Abgeordneten vor, „aus pathologischem Frust über bereits geschehene oder anstehende Mandatsver-

luste, aus purem, schnödem Eigeninteresse“ einen politischen Mitbewerber verbieten zu wollen. „Das ist schäbig, eigennützig und feige, was Sie hier machen“, schimpft er. Sie wollten nicht um die besten Lösungen ringen. „Sie wollen uns vernichten. Sie wollen Blut sehen.“

Die ehemalige Grünen-Chefin Ricarda Lang nimmt die Debatte zum Anlass, CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz zu kritisieren, der am Vortag mit Stimmen der AfD einen Entschließungsantrag mit Forderungen für eine strengere Migrationspolitik durchgesetzt hat. „Was macht das mit eurem Gewissen, wenn wir hier mittags gemeinsam dem Holocaust gedenken und abends die Partei, die Hitler zu einem Fliegenschiss der deutschen Geschichte erklärt, frenetisch jubelt?“ Sie betont: „In dem Versuch, euch mehr Macht zu sichern, habt ihr denen Macht gegeben, die diese Macht einzug und allein dafür nutzen werden, die Demokratie zu zerstören.“ Wenn Friedrich Merz sage, „friss oder stirb, sonst mach ich's mit den Nazis“, dann wisse jeder, dass keine andere Partei sagen werde, „ja Friedrich, dann gib uns halt mal die Gabel“. Das sei kein Angebot, sondern Erpressung.

Am Ende erteilt Bundestagsvizepräsidentin Pau einen Ordnungsruf: Der AfD-Abgeordnete Brandner habe ein Mitglied des Hauses als „Sozialfaschist“ beschimpft.

Rebellenführer will Regierung im Kongo stürzen

GOMA/KINSHASA (dpa). Der politische Führer der ostkongolesischen Rebellenmiliz M23 hat betont, die Kämpfer würden die Provinzhauptstadt Goma nicht wieder aufgeben. „Wir sind in Goma, um zu bleiben“, sagte Corneille Nangaa auf einer Pressekonferenz. Es war die erste öffentliche Äußerung, seit die Kämpfer der M23 in der Nacht zu Montag in die Millionenstadt am Kivu-See eindringen. Nangaa ist der Führer der „Alliance Fleuve Congo“, einem Bündnis politischer und militärischer Gruppen, die die Regierung in Kinshasa stürzen wollen. Die M23 ist das wichtigste Mitglied dieser Gruppierung.

Präsident kündigt Widerstand stand

Präsident Tshisekedi hatte am Vorabend nach tagelangem Schweigen in einer Fernsehansprache die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Rebellen aufgerufen. „Die Verteidigung der Heimat ist heilig“, sagte er. „Die Demokratische Republik Kongo wird sich nicht beugen.“ Die Einnahme der ostkongolesischen Provinzhauptstadt Goma durch Kämpfer der Miliz M23 sei eine „Beleidigung unserer Geschichte“, sagte er weiter. Der Präsident versprach eine energische Reaktion, um die M23 aus Goma zu vertreiben, und rief junge Kongolesen auf, der Armee beizutreten. Außerdem versprach er einen humanitären Notfallplan.

